

„Stadt von rechts“ oder „Recht auf Stadt“?

In den kritischen Sozialwissenschaften und sozialen Bewegungen wird hitzig diskutiert, ob der politische Rechtsruck in Deutschland eine Art Notwehr der unteren Klassen darstellt, die von linken Parteien und Bewegungen allein gelassen wurden oder ob es sich um eine „eigenständige“ Formierung rassistischer Haltungen handelt, die auf soziale Ursachen zurückzuführen eine Verharmlosung und Entlastung wäre. Ist es tatsächlich so, dass die AfD-Wahlerfolge – die ja im Übrigen nur ein möglicher Ausdruck für den autoritären Populismus sind, der sich auch in anderen politischen Parteien und Strömungen findet – gegen jede soziale Differenzierung immun und damit ein „Problem der Gesamtgesellschaft“ (Eversberg 2018: 44) sind? In Hinblick auf den Stadt-Land-Gegensatz möchte ich mit „Jein“ antworten: Ja, es ist richtig, dem Klischee von den kulturell diversen, konflikt- und ambivalenzerprobten Städten und den abgehängten und hinterwäldlerischen ländlichen Regionen zu widersprechen. Nein, das heißt nicht, dass sozialräumliche Unterschiede in der Ausbildung politischer Orientierungen keine Rolle spielen. Insbesondere soziale Spaltungen, die sich *innerhalb* von Städten manifestieren und die auf Schwierigkeiten der Wohnraumversorgung und andere städtische Problemlagen zurückzuführen sind, könnten Ausgangspunkt einer „Stadt von rechts“ sein (1). Wie gehen die städtischen sozialen Bewegungen mit dieser

Herausforderung um? Zuletzt noch hat *die tageszeitung* (13.11.2018) eine zunehmende Mittelschichtszentriertheit der Bewegungen für ein „Recht auf Stadt“ beobachtet. Das links-grüne Milieu erhebe die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum „für sich und nicht für die große Masse der von Wohnungsnot betroffenen Menschen“. Die Auseinandersetzung um die Wohnraumfrage wird damit in die Debatte darüber eingebracht, ob sozialdemokratische und linke Parteien und Bewegungen die unteren Klassen als angestammte soziale Basis verloren haben (2).

1. Stadt von rechts?

Noch vor dem Einzug der AfD in den Bundestag hatte der Berliner Ethnologe Wolfgang Kaschuba (2016) den Aufbruch des autoritären Populismus als „Rache der Dörfer“ bezeichnet. Tatsächlich gibt es gute Gründe, die für eine größere „Anfälligkeit“ ländlicher Räume sprechen – angefangen bei sozialtheoretischen Überlegungen zu den Städten als Orte der „unvollständigen Integration“ (Bahrndt 1961), die seit jeher Bedingung des gelingenden Zusammenlebens mit Fremden ist, über die demografische Entleerung ländlicher Regionen, die sich für eine Überrepräsentation rechter Orientierungen verantwortlich zeichnet, bis zum Verlust sozialer und kultureller Infrastrukturen, die es den Rechten erlauben, sich als Kümmerer zu inszenieren. Entsprechend erhielt die AfD bei der

Bundestagswahl 2017 in den Städten und Stadtregionen durchschnittlich weniger Stimmen als in den ländlichen Regionen. Es gibt aber auch gute Gründe, die den Stadt-Land-Gegensatz in seiner Bedeutung für die Affinität zu rechten Orientierungen relativieren. So lässt eine kleinräumige Auswertung der Wahlergebnisse erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen städtischen Quartieren erkennen, wobei sich ein Verteilungsmuster entlang zentrumsnaher und peripherer Lagen abzeichnet. In Leipzig etwa erhielt die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in den randstädtischen Stadtteilen Lausen-Grünau und Althen-Kleinpösna 29,5 Prozent und 27,8 Prozent der Zweitstimmen, während sie in der zentrumsnahen Südvorstadt auf 7,7 Prozent kam. Dass es keinen einfachen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Wahlverhalten gibt, zeigt der Vergleich der durchschnittlichen Haushaltseinkommen: 1.454 Euro in der Großwohnsiedlung Lausen-Grünau und 2.518 Euro in der suburbanen Eigenheimsiedlung Althen-Kleinpösna (Angaben von 2015). Abgesehen von Wahlstatistiken, die eine distinkte Gegenüberstellung von Stadt und Land erschweren, sind die klassifikatorischen Grenzziehungen zwischen den Sozialräumen (anhand von Einwohnerzahlen) letztlich eine administrative Beliebigkeit.

Es wäre naiv, Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen, die sich auch in Wahrnehmung und sozialer Praxis niederschlagen, zu leugnen. Zugleich sind aber die Differenzen *innerhalb* der Räume zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist der alltäglich erfahrene räumliche Kontext – der Entwicklungspfad eines Quartiers oder das hegemoniale Ortsverständnis – bedeutsam für politische Subjektivierung (Belina 2017). Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass Städte nicht immun sind in Hinblick auf die Verfestigung rechtsautoritärer

Orientierungen und daran anschließende politische Dynamiken. Im Gegenteil: Es lassen sich spezifische Veränderungen in urbanen Räumen beobachten, die den rechten Populismus begünstigen. Gemeint sind Problemlagen, die die traditionalistischen und rechten Elemente des Alltagsverständes von etablierten Legitimationsordnungen entbinden und politisch aktivieren (Dubiel 1985). Unter bestimmten krisenhaften Bedingungen erleben viele Bewohner*innen „ihre“ Stadt als handlungsunfähig und sehen ihr Vertrauen in politische Institutionen und Repräsentant*innen enttäuscht. Rechtsautoritäre Bewegungen und Parteien stehen bereit, um solchen Unrechtsempfindungen und Bedrohungsgefühlen ein Deutungs- und Organisationsangebot zu machen.

Die Situation an den städtischen Wohnungsmärkten und die Entwicklung der Mieten stellen eine solche Problemlage dar. Die sogenannte neue Wohnungsfrage – worunter aus dem 19. Jahrhundert bekannte und nun erneut auftretende Probleme wie Wohnungsnot, Überbelegung, Vernachlässigung der Bausubstanz oder die Unterschreitung von Wohnstandards verstanden werden – wurde bereits als „demokratiegefährdend“ (Hannemann 2018) beschrieben. Das ist plausibel, insofern die Erhöhung der Miete, die drohende Verdrängung aus der Nachbarschaft oder die Umstrukturierung des Quartiers von alteingesessenen Bewohner*innen als existenzielle Ungerechtigkeit und Missachtung erlebt werden, die für autoritär-populistische Deutungsangebote anschlussfähig sind. Zumal entscheidende Teile der politisch etablierten Akteure dem Immobilienkapital durch die Umstellung von der *Wohnungspolitik* zur *Wohnungsmarktpolitik* den Weg dabei gewiesen haben, die Stadt als gewinnbringendes und renditeorientiertes Anlagefeld für überakkumuliertes

Finanzkapital (Harvey 2014) zu entdecken. Aus den wenigen Forschungsarbeiten, die zur subjektiven Wahrnehmung von Aufwertungsprozessen vorliegen, ist bekannt, dass die bedrohte Wohnsituation Abstiegängste und Gefühle von Kontrollverlust angesichts der scheinbar willkürlichen Verschlechterung der Lebensumstände hervorruft. Die Prozesse am Wohnungsmarkt sind schwer durchschaubar, sodass sich Umdeutungen aufdrängen, die die Situation handhabbar machen. Der Stadtsoziologe Thomas Dörfler (2010: 296) konnte in Berlin/Prenzlauer Berg etwa beobachten, dass unter Verdrängungsdruck geratene Altbewohner*innen eine „Unterscheidung von Wir- und Sie-Gruppen“ vornehmen, mit der sie sich von Zugezogenen und „Yuppies“ abgrenzen. Rechtspopulistische Deutungsmuster, für die ein solcher Antagonismus zentral ist, können hier anknüpfen. Exkludierende Haltungen sind aber auch unter den Gewinner*innen der Gentrifizierung zu finden. So argumentiert die erwähnte Studie, dass Teile der statushöheren Neubewohner*innen in Prenzlauer Berg eine Wunschvorstellung vom Quartier haben, die alternative Lebensstile (Umweltschutz, Nachhaltigkeit) mit antiurbanen Haltungen (Abgrenzung von „unmodernen“ Migrant*innen und Unterschichtmilieus) verbindet.

Ist die „Stadt von rechts“ eine ernst zu nehmende Gefahr? Nicht, wenn es nach den Studien geht, die auf die kommunalpolitische Schwäche der AfD verweisen (Gorskih u.a. 2016; Hafener u.a. 2018). Es sollte jedoch die Neuorientierung beachtet werden, die rechtspopulistische Strömungen und Parteien in Europa in den letzten Jahren vornehmen. Lange Zeit war ihre wirtschafts- und sozialpolitische Agenda neoliberal, den Sozialstaat lehnten sie unter Verweis auf individuelle Verantwortung und Privatvorsorge ab. Diese Programmatik

ist noch immer von großer Bedeutung, rechte Parteien lehnen sozialstaatliche Regulierungen aber nicht länger prinzipiell ab, sondern „fordern einen Wohlfahrtsstaat, der zuerst für die ‚eigenen Leute‘ da ist“ (Mudde/Kaltwasser 2017: 35). Diesem Ansatz entspricht es, die Wohnungsfrage als Ressourcenkonflikt zu reformulieren, bei dem, so in exemplarischer Weise die AfD Leipzig, „der Wohnbedarf für untere Einkommenschichten der Leipziger Stadtgesellschaft“ gegenüber der Unterbringung Geflüchteter und Asylsuchender „höchste Priorität“ hat. In der einkommensstarken Suburbia wiederum könnten die Rechten an die Angst vor einer „Suburbanisierung urbaner Probleme“ anknüpfen, wie sie niederländische Forscher als ein Motiv für die Wahl der PVV untersucht haben, der „Partei für die Freiheit“ des Rechtspopulisten Geert Wilders (van Gent u.a. 2014).

2. Recht auf Stadt

Ob diese Gefahr zur Wirklichkeit wird, hängt auch davon ab, wie sich die städtischen sozialen Bewegungen dazu verhalten. Mit der Politisierung problematischer Lebensbedingungen (Wohnen, Nachbarschaft, Beteiligung) bewegen sie sich auf einem Terrain, das auch den Nährboden rechtspopulistischer Strömungen bildet. Insbesondere in Bewegungnetzwerken, die sich auf das „Recht auf Stadt“ beziehen, wird seit ihren Anfängen um 2007/2008 (selbst-)kritisch über die Reichweite und Zielgruppe der eigenen Politik nachgedacht. Die Praxis der mietenpolitischen Bewegung unterscheidet sich insofern von den identitätspolitischen und autonomen Kämpfen der 1980er und -90er Jahre (Vollmer 2019). Dazu gehören die Offenheit für politisch Unerfahrene, der undogmatische Umgang mit ideologischen Orientierungen sowie die Kombination

autonomer und institutioneller Strategien. Die Bewegungen wollen „sowohl die materiell Benachteiligten als auch die kulturell und sozial Entfremdeten“ (Marcuse 2009: 187) adressieren. Selbst jene, die ihre Unzufriedenheit als Homophobie, religiöser Fundamentalismus oder Nationalismus artikulieren bilden eine „soziale Basis, die in fortschrittlicher Art und Weise angesprochen werden kann“ (ebd.: 192).

Tatsächlich ist die soziale Basis der stadt- und mietenpolitischen Initiativen sehr viel breiter als der oben genannte *taz*-Artikel unterstellt. Mit der Privatisierung öffentlicher Räume, Immobilienaufwertung, der Verdrängung statusniedriger Bevölkerungsgruppen oder der expertokratischen Planung und Durchsetzung von Großprojekten nehmen die Bewegungen Themen in den Blick, die benachteiligte wie privilegierte Stadtbewohner*innen gleichermaßen angehen. Sie alle trifft der „Verlust an sozialen, politischen, wirtschaftlichen und Bürgerrechten“ (Mayer 2011: 53). Darüber hinaus irrt die *taz* auch mit der Behauptung, die Bewegungen würden Wohnungs- und Obdachlosigkeit nicht zu ihrem politischen Anliegen machen (Vollmer 2019: 108f.).

Dennoch scheint mir der Vorwurf der Mittelschichtszentriertheit im Zusammenhang mit dem autoritären Populismus nicht irrelevant. Trifft die Diagnose zu, dass die Wohnungsfrage und weitere städtische Problemlagen einen rechten Populismus begünstigen, stellt sich die Frage, inwieweit die städtischen sozialen Bewegungen dagegenhalten können? Dazu drei Anmerkungen: Es ist nicht gesagt, dass die Wohnungsfrage überhaupt auf einer breiten sozialen Basis politikfähig ist, sodass sie über den individuellen Streit mit Vermieter*innen hinausreicht und ermöglicht, Solidaritätserfahrungen zu verankern. Auf der Ebene der Adressierung wäre

zweitens zu diskutieren, ob die Bewegungen in den peripheren städtischen Räumen (suburbane Eigenheim- und Großwohnsiedlungen) ausreichend präsent sind, um den Verdrängten, prekär Wohnenden oder Besorgten sozial-inklusive Deutungsangebote zu machen. In der Regel erreicht die Arbeit wohnungspolitischer Initiativen und Recht-auf-Stadt-Gruppen vorrangig dann doch jene, deren hohes kulturelles Kapital gut für den Widerstand gegen Entmietung und Verdrängung eingesetzt werden kann. Hinzu kommt schließlich, dass die Rolle von wohnungspolitischen Expert*innen, in die Aktive mehr oder weniger freiwillig geraten, nur schwer mit dem postdemokratischen Zeitgeist verträglich ist. Ein „unmandatiertes Expert*innentum“ könnte angesichts der faktisch ungleichen Voraussetzungen für politisches Engagement aber auch notwendig und mit der Durchsetzung wohnungspolitischer Forderungen auf dem Weg der Lobbyarbeit letztlich gewinnbringender sein als radikaldemokratische Appelle. Aber auch dann muss es Bewegungspolitik darum gehen, Empörung und Wut nicht nur materiell zu befrieden, sondern sie am Ziel einer „Stadt für alle“ auszurichten. Die Bedingungen für mietenpolitische Bewegungen und die entsprechenden Organisierungserfahrungen sind dabei lokal unterschiedlich (Vogelpohl u.a. 2017).

Mit der profitgetriebenen Stadtumstrukturierung und neoliberalen Politik wurden in den letzten Dekaden Zustände geschaffen, die eine sozial- und stadtpolitische (Neu-)Orientierung des rechten und nationalistischen Lagers begünstigen. Wenn auch Alarmismus das falsche Signal wäre, sind wir gut damit beraten, die Politik der Rechten in den Blick zu nehmen und nicht allein zu fragen, warum „die Leute“ ausgerechnet „denen“ nachlaufen. Wohnungs- und mietenpolitische Netzwerke

sind keine Bündnisse gegen rechts. Eine starke Bewegung gegen den Mietenwahnsinn kann aber helfen, die sozialpolitischen Probleme freizulegen, die unterhalb der populistischen Zuspitzung liegen. Recht auf Stadt – Jetzt erst recht!

Literatur

- Bahrtdt, Hans Paul (1961): *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*. Reinbek.
- Belina, Bernd (2017): Zur Geographie der Abstiegsgesellschaft. In: *PROKLA* 47(1): 97-104. DOI: 10.32387/prokla.v47i186.181.
- Dörfler, Thomas (2010): *Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1989*. Bielefeld.
- Dubiel, Helmut (1985): Das Gespenst des Populismus. In: *Merkur* 39(8): 639-651.
- Eversberg, Dennis (2018): Innerimperiale Kämpfe. In: *PROKLA* 48(1): 43-54. DOI: 10.32387/prokla.v48i190.31.
- Gorskih, Anna/Hanneforth, Grit/Nattke, Michael (2016): Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens. URL: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/06/nattke_parlamentarische_praxis_der_afd_in_den_kommunalparlamenten_sachsens.pdf, Zugriff: 15.01.2019.
- Hafenecker, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine (2018): *AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure*. Frankfurt/M.
- Hannemann, Christine (2018): Die Lage ist mittlerweile demokratiegefährdend. URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologin-zur-wohnungspolitik-die-lage-ist-mittlerweile.1008.de.html?dram:article_id=428666, Zugriff: 15.01.2019.
- Harvey, David (2014): *Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln*. Hamburg.
- Kaschuba, Wolfgang (2016): Die Rache der Dörfer. URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtspopulismus-die-rache-der-doerfer.1008.de.html?dram:article_id=371289, Zugriff: 15.01.2019.
- Marcuse, Peter (2009): From critical urban theory to the right to the city. In: *City* 13(2-3): 185-196. DOI: 10.1080/13604810902982177.
- Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Gebhardt, Dirk/Holm, Andrej (Hg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg: 53-77.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *Populism. A Very Short Introduction*. New York.
- Van Gent, Wouter P.C./Jansen, Elmar F./Smits, Joost H.F. (2014): Right-wing Radical Populism in City and Suburbs: An Electoral Geography of the Partij Voor de Vrijheid in the Netherlands. In: *Urban Studies* 51(9): 1775-1794. DOI: 10.1177/0042098013505889.
- Vogelpohl, Anne/Vollmer, Lisa/Vittu, Elodie/Brecht, Norma (2017): Die Repolitisierung des Wohnens. In: Schöning, Barbara/Kadi, Justin/Schipper, Sebastian (Hg.): *Wohnraum für alle?! Bielefeld*: 105-130.
- Vollmer, Lisa (2019): *Mieter_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität*. Wiesbaden.